

sen. Statt dessen muß eine klare Politik im Interesse der Arbeitnehmer verfolgt, aber auch das Bündnis mit aufgeklärten, fortschrittlichen Kräften bis hinein in das Bürgertum gesucht werden.“

Thüsing, kaum einer der 27 grünen Abgeordneten hätte eine Chance gehabt, als SPD-Parlamentarier in den Bundestag zu gelangen. „Das beweist, wie schwierig es sein wird, Vertrauen zurückzugewinnen und die SPD auch mit neuen sozialen Be-

wegungen zu verbinden.“ Weder Diffamierung noch Anbiederung könnten aber dabei helfen, „sondern nur eine überzeugende eigene Politik und — wo es möglich ist — auch Zusammenarbeit“.

1992

Wir haben „kriminelle Vereinigungen“ an der Macht geduldet

Ein Gespräch mit dem Leiter des DED-Büros in Nairobi, Klaus Thüsing, über die Fehler der Entwicklungshilfe in Afrika

FR: In Nairobi arbeiten Dutzende, vielleicht sogar einige hundert internationale Institutionen in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe für Afrika. Welche Erfolge haben diese vielen Organisationen wirklich erbracht?

Thüsing: Jede Organisation macht natürlich ihre Arbeit und versucht, bestimmte Erfolge auf ihr Habenkonto zu schreiben. Wenn man sich allerdings die Entwicklung Kenias in den mehr als 25 Jahren seit der Unabhängigkeit ansieht, mag man zweifeln, ob die kombinierte Anstrengung der vielen Dutzend Organisationen das Land wirklich vorangebracht hat. Vor allem die Hoffnung, daß von Großprojekten und dem Aufbau großer Industrien auch die Armen und die nicht auf der Sonnenseite Lebenden etwas abbekommen, ist enttäuscht worden. Wenn man sich die Lebenslage der Bevölkerungsmehrheit ansieht, ist Kenia heute zweifellos ärmer als vor 25 Jahren.

FR: Was müßten denn die Entwicklungshilfe-Organisationen Ihrer Ansicht nach anders machen?

Thüsing: Mir ist in den vier Jahren, seit ich hier bin, ein wesentlicher Fehler der europäischen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika aufgefallen: Wir haben uns mit korrupten Eliten eingelassen und haben nicht versucht, diese korrupten Eliten zu beseitigen. Das hat historische Ursachen: Nach ihrer Unabhängigkeit sollten diese Länder selbst bestimmen, wer sie führt und welche Regierungsform sie annehmen. Jeder Eingriff galt als neokolonial. Wir haben aber dann auch zugelassen, daß in vielen Ländern Regierungen an die Macht kamen, die nach unseren Rechtsbegriffen geradezu kriminelle Vereinigungen sind, die die Länder zu ihrem Vorteil ausplünderten. Durch die Entwicklungshilfe haben wir diese korrupten Eliten noch gefördert und dabei übersehen, daß für die Mehrzahl der Armen wenig übriggeblieben ist. Das war ein wesentlicher Fehler.

FR: Sie haben ein sehr pessimistisches Bild von den Entwicklungen in Afrika seit der großen Unabhängigkeitswelle. Wieso leiten Sie trotzdem eine große Entwicklungshilfe-Organisation in Nairobi?

Thüsing: Ich könnte es mir natürlich leichtmachen und sagen, der DED und andere Freiwilligendienste arbeiten auf der Grassroot-Ebene; das heißt, was wir hier machen, richtet sich direkt an verarmte Teile der Bevölkerung, spielt sich auf der untersten Ebene der ländlichen Entwicklung ab, etwa im Ausbildungssek-

tor, in der Zusammenarbeit mit Frauengruppen, in kleinen landwirtschaftlichen Projekten oder bei der Aufforstung. Da ist auch mehr Personal als Geld beteiligt, mehr Engagement von uns und unseren afrikanischen Partnern. Der DED verfügt hier in Kenia über ein Projektbudget von gerade 100 000 Mark im Jahr bei 37 Entwicklungshelfern.

Auf dieser Ebene ist es sicherlich sinnvoll zu arbeiten, und, wie alle Freiwilligendienste, treten wir ja unter dem Motto „Lernen und Helfen“ an — das heißt, Entwicklungshelferinnen und -helfer sollen auch mit neuen Ideen, neuen Ansprüchen an sich selbst und ihre Umwelt nach Hause zurückgehen; durch die Arbeit in Afrika soll also auch ein Lerneffekt in Europa erzeugt werden, etwa in der Frage, was muß sich bei uns zu Hause ändern, damit Entwicklung wirklich stattfinden kann, damit wir in einer gemeinsamen Welt leben können.

Auf der anderen Seite geht es aber um Milliardenbeträge, die teilweise zum Fenster hinausgeworfen werden, aus den genannten Gründen. Doch die Frage hat auch eine afrikanische Seite: Am Anfang war die große Mehrheit der Afrikaner der Meinung, diejenigen Führer, die sie in die Unabhängigkeit geführt haben, seien auch die besten Führer, um zu erreichen, daß es auch nachher allen besser geht. Dieser Vertrauensvorschuß ist erst im Laufe von Jahrzehnten aufgebraucht worden. Erst jetzt setzt von afrikanischer Seite ein Umdenken ein, kommen immer mehr Zweifel an den Eliten auf.

FR: Ist das nur eine Frage der Führer, oder gibt es in Afrika nicht Traditionen und bestimmte kulturelle Elemente, die Entwicklungswünschen im Weg stehen?

Thüsing: Das ist sicher so. Afrika hat in seiner Geschichte nur in wenigen Regionen autochthone staatliche Strukturen entwickelt. Erst durch die Kolonialzeit wurden Staaten geschaffen, Formen des Zusammenlebens, die sehr wenig auf Tradition gründen konnten. Feudalistische Strukturen sind da quasi übergangslos mit hineingeflossen. So wurde weiter akzeptiert, daß jemand, der an der Spitze steht, auch reicher, vermögender sein darf als die anderen, und daß er seine Position des Ersten in einer Gesellschaft auch öffentlich zur Schau stellen darf.

FR: Manchmal scheint sich die Bereitschaft der Afrikaner, einander zu helfen, auf den Clan oder die Familie zu beschränken, während man die Lösung sozialer Probleme den Europäern überläßt.

Wo bleibt der Wille, selbst etwas zu tun?

Thüsing: Die Beobachtung ist sicher richtig, auch wenn sie in sehr unterschiedlichem Maße zutrifft. In einer Stadt wie Nairobi zum Beispiel müssen unendlich viele Menschen um ihr nacktes Überleben kämpfen. Solidarische Strukturen können sich da nur schwer entwickeln. Hier ist wirklich „homo homini lupus“, der eine Mensch des anderen Wolf. Jeder versucht, sich irgendwie zu retten. Und wenn es selbst im Familienverband nicht mehr möglich ist, dann erwartet man, sobald ein Weißer auftaucht, von ihm die Rettung. Ein Weißer bedeutet Geld und viele Möglichkeiten, die man selber nicht hat. Da entwickelt sich in einem ganzen Volk eine Bettelmentalität. Draußen auf dem Land sind die Solidarität und die Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen, intakter. Da finden wir noch geschlossene Stammesstrukturen und eine traditionelle Verpflichtung zur Nachbarschaftshilfe.

FR: Gegen Vertreter internationaler Organisationen und der Entwicklungshilfe wird oft der Vorwurf erhoben, daß sie in Büros der relativ bequemen Hauptstadt Nairobi sitzen, während die eigentliche Arbeit vielmehr in den Dörfern, in den unbequemeren ländlichen Regionen geleistet werden müßte?

Thüsing: Dazu will ich einmal einen Kontrapunkt setzen: Wenn eine Organisation mir in Europa sagt, „jede Mark, die du spendest, kommt beim Empfänger an“, dann werde ich außerordentlich skeptisch: Jede Mark, die ankommt, kann dann beim Empfänger nämlich sehr leicht verschwendet werden, weil Planung und Kontrolle fehlen. Jede Organisation, die vernünftige Entwicklungszusammenarbeit macht, braucht also eine Infrastruktur; und das kostet Geld, kostet Personal, vielleicht auch europäisches Personal. Man kann da kritisch fragen, wieviel europäisches Personal ist wirklich notwendig, und müßte man nicht mehr versuchen, Afrikaner in die Projekte zu bringen und auszubilden?

In der Tat gibt es aber auch Organisationen, bei denen der allergrößte Teil der Mittel für die sogenannten „overheads“ draufgeht, also für die Verwaltungskosten, die anfallen, bevor die sogenannten Hilfsbedürftigen überhaupt irgendeine Leistung erreicht. Dieser Vorwurf gilt ganz wesentlich für die UN-Behörden, er gilt für die EG-Entwicklungshilfe, und er gilt für viele andere große Organisationen. Bei ihnen drängt sich manchmal die Frage auf, bedienen die sich eigentlich

selbst? Ist das nicht eher Unterstützung für die Mitarbeiter einer Entwicklungshilfe-Industrie anstatt für diejenigen, denen man vorgeblich helfen will?

FR: *Es gibt Stimmen, die fragen, was macht Europa überhaupt hier, soll man Afrika nicht besser seine Probleme selbst lösen lassen?*

Thüsing: Ich muß vor der Illusion warnen, es könnte sich hier eine selbsttragende Entwicklung etablieren. Für Lebenshaltung, Lebensstandard oder auch Erziehung gelten in Afrika, nach all meinen Beobachtungen, keine anderen Orientierungsmuster als die westlichen. Auch jeder Afrikaner träumt vom Haus, vom Auto, mindestens davon, seine Kinder zur Schule schicken und sich einigermaßen ernähren und kleiden zu können. Das sind auch hier die Ideale der Leute.

Natürlich wäre eine Kooperation innerhalb Afrikas wichtig, die Wiederbelebung der ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Kenia, Uganda und Tansania zum Beispiel. Man muß sicher auch die Binnenmärkte stärken. Aber all das wird keine selbsttragenden Entwicklungsprozesse auslösen, die Afrika ermöglichen, seine Probleme alleine zu lösen, und Europa aus der Pflicht nehmen, sich darum zu kümmern. Angesichts der Verknüpfungen der Weltwirtschaft gelten die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Orientierungsmuster heute weltweit. Eigene afrikanische Entwicklungen, die eine Abkoppelung ermöglichen, die gibt es nicht, die sind nicht durchsetzbar.

FR: *Ist es dann aber nicht absurd, wenn man in Europa fordert, daß wir unseren Lebensstil ändern, damit in Afrika was anders wird?*

Thüsing: Das sind Forderungen, denen auch ich zunehmend skeptisch gegenüberstehe. Sie haben zwar eine hohe moralische Qualität, aber ich sehe nicht, daß man damit wirklich was verändert. Das geht nur über politische Entscheidungen, für die dann aber die Solidarität der Bevölkerung eingefordert werden muß. Wenn man beschließt, daß der Kaffee in Europa das Doppelte kosten soll, dann bin ich überzeugt, daß die Mehrzahl der Menschen in unseren Ländern auch bereit wäre, das zu zahlen, und akzeptiert,

daß das notwendig ist, damit die Menschen in den Kaffee produzierenden Ländern in Afrika überhaupt überleben können. Aber wenn man meint, in Europa einen ganz anderen Lebensstil proklamieren zu müssen, und sich auf dieser moralischen Ebene auf die Schultern klopft, dadurch wird sich hier in Afrika sicher nichts ändern.

FR: *Was müßte sich dann in den Beziehungen zwischen Europa und Afrika entscheidend ändern?*

Thüsing: Ich habe schon eines genannt: Wir müssen auf die politischen Eliten Druck ausüben, damit sie Entwicklungsprozesse unterstützen. Wenn die Führungen nichts taugen, dann muß man Druck ausüben, um sie zu ändern. Von neokolonialer Einmischung kann man sicher nicht reden. Die meisten Länder mit korrupten politischen Strukturen haben ja in ihren Verfassungen, in öffentlichen Bekundungen, in Unterschriften unter alle möglichen Abkommen, einschließlich internationaler Menschenrechtsverträge, genau das Gegenteil erklärt. Es wäre also falsch zu sagen, das ist deren eigene Sache, ob sie solche Abkommen beachten oder nicht.

Andererseits stimmt natürlich vieles in diesem Verhältnis zwischen Europa und Afrika, Erster und Dritter Welt, tatsächlich nicht. Es gibt zwar die korrupten Eliten, die das Geld verschwenden und die sich selber bereichern, aber diese Länder werden auch weiter ausgebeutet. Die „terms of trade“, die ungerechten Austauschverhältnisse, nach denen etwa Kenia für seinen Tee und Kaffee und seine Tourismusleistungen immer weniger bekommt, aber für Maschinen und Technologie immer mehr bezahlen muß, das ist zwar ein alter Hut, aber immer noch eine schwere Benachteiligung. Global gesagt, sind in den letzten zehn bis 15 Jahren die Preise für die Exportgüter der Dritten Welt nahezu halbiert worden, während die Importpreise weiter stiegen. Mit diesem Zustand können wir auf keinen Fall leben und überleben.

FR: *Kann Ihrer Ansicht nach die Demokratisierung, die derzeit in vielen afrikanischen Ländern stattfindet, etwas ändern?*

Thüsing: Auch die Kenianer hegen

eine ungemein große Hoffnung, daß sich durch die Demokratisierung auch ihre persönlichen Probleme lösen werden. Nur daran glaube ich überhaupt nicht. Eine neue politische Führung könnte höchstens die schon schlechte Lage stabilisieren, verhindern, daß es noch schlechter wird, und erst dann vielleicht Konzepte zur Besserung entwickeln.

Nehmen wir das Beispiel der Stadt Nairobi: In fünf oder zehn Jahren werden wir nicht mehr in einer Zwei-Millionen-Stadt leben, sondern in einer Vier-Millionen-Stadt, anstatt heute einer Million Slumbewohner werden dann drei Millionen in Slums leben. Die Grundlagen dazu sind durch die Bevölkerungsexplosion schon gelegt. Politisch wird kaum etwas unternommen, damit sich diese Situation ändert, oder nur sehr wenig, und das meist propagandistisch.

In einer Großstadt wie Nairobi gibt es so einen Wust von nahezu unlösbaren Problemen, die einen zum Verzweifeln bringen. Man müßte mit den Geberländern Konzepte entwickeln; nicht von einem Geldgeber zum anderen springen, sondern gemeinsam. Ich sehe aber nicht die Planungskapazität, ich sehe nicht den politischen Willen, auch nicht die funktionierenden sozialen Strukturen, in denen so etwas geschehen könnte. Die Situation gibt also kaum Anlaß zu Hoffnung. Man darf sich also keine Illusionen machen, daß durch eine simple Änderung der politischen Führung, so guten Willen eine neue Führung auch haben mag, schon über Nacht was bessern könnte.

Klaus Thüsing, Lehrer und Historiker, war von 1977 bis 1983 Bundestagsabgeordneter der SPD, bevor er sich mit der damaligen Parteiführung überwarf. Zusammen mit drei weiteren Abgeordneten bildete Thüsing die „Viererbande“, die zum Beispiel beim „Kontaktsperregesetz“ und der Nachrüstung gegen die Fraktionsmehrheit unter Kanzler Helmut Schmidt votierte. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag übernahm Thüsing 1988 das Büro des „Deutschen Entwicklungsdienstes“ (DED) in Nairobi. Das Gespräch mit Thüsing führte der FR-Korrespondent in Nairobi, Helmut Cappelletti.

150-1.07.92